

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P XXII/195

Bad Godesberg, den 11. Oktober 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
	<u>Der Wehrbeauftragte und sein Amt</u>	34
	<u>Die Gefahr der Verallgemeinerung</u>	
	Von Werner Buchstaller, MdP	
	<u>Alle können zuhören</u>	45
	<u>Die Hearings zur Notstandsgesetzgebung</u>	
3 - 4	<u>Verzerrtes Deutschlandbild - auch in den USA</u>	68
	<u>Hoch mehr Freundschaft mit draußen</u>	
	Von Wolfgang Schwabe, MdP	
5 - 6	<u>Auch Schweden diskutiert über seinen Rüstungssetz</u>	65
	<u>Schwierige Probleme bewegen die Öffentlichkeit</u>	
	Von H. Dagmar, Stockholm	

* * *

Der Wehrbeauftragte und sein Amt

Die Gefahr der Verallgemeinerung

Von Werner Buchstaller, MdB

Es ist Mode geworden, an Einzelvorkommnisse verallgemeinernde Verurteilungen zu knüpfen. An dem unverantwortlichen und die Menschenwürde verletzenden Machtmißbrauch einzelner militärischer Vorgesetzter bewertet man den Geist des ganzen Unteroffizierscorps, das menschliche Fehlverhalten eines Polizisten wird mit polizeistaatlichen Methoden gleichgesetzt, und eine Handvoll extremistischer Studenten beginnt der ganzen deutschen Studentenschaft einen abwertenden Stempel aufzudrücken.

Wen kann es da wundern, daß die bedauerliche Personalaffäre im Amt des Wehrbeauftragten lautstarke Schreier auf den Plan ruft die das unmögliche Verhalten eines leitenden Beamten zum Anlaß nehmen wollen, die ganze Institution unmöglich zu machen.

Es gibt keinen Zweifel darüber, daß sich die Institution des Wehrbeauftragten bewährt hat. Von den verantwortlichen Männern in dieser Institution kann man das leider nicht mit der gleichen Entschiedenheit behaupten. Im Gegenteil. Den Gegnern des einzigen Hilfsorgans des Parlaments wurde die schärfste Munition fast stets aus dem Amtsbereich des Wehrbeauftragten geliefert. Das kann sich das Parlament nicht länger gefallen lassen. Es ist anzunehmen, daß das der Herr Bundestagspräsident nicht anders sieht.

Die schon lange im Amt des Wehrbeauftragten schwebende Personalkrise ist umgehend zu beheben. Die Dienststelle und der Wehrbeauftragte selbst müssen ihren konkret gestellten Aufgaben ausreichend nachkommen. Für den leitenden Verantwortlichen Mitarbeiter des Wehrbeauftragten muß ein besonderer Status, wie ihn Innenminister Lücke bereits vorgeschlagen hat, geschaffen werden. Solange der Wehrbeauftragte ständig mit innerbetrieblichen Mißständen seiner Dienststelle befaßt ist, braucht man sich nicht zu wundern, daß man ihn bei der Truppe weitgehend nur von den Jahresberichten her kennt. In all diesen Fragen geht es nicht um das Ansehen einzelner Beamter und auch nicht um das des Wehrbeauftragten. Es geht vielmehr und ausschließlich um das Vertrauenverhältnis des Parlaments und der Bundeswehr zur Institution des Wehrbeauftragten. Nur wer seine Aufgabe so versteht und danach handelt ist für die Erledigung und Wahrnehmung des vom Parlament gestellten Auftrags brauchbar.

Alle können zuhören

Die Hearings zur Notstandsgesetzgebung

sp - Seit Jahren wird in der Bundesrepublik vielerorts die Problematik der Notstandsgesetzgebung diskutiert. Frühere Bundesregierungen haben Gesetzentwürfe vorgelegt und wieder fallengelassen. Die neue Bundesregierung will noch in dieser Legislaturperiode die Notstandsgesetzgebung zur Verabschiedung bringen. Landauf, landab haben sich Gegner und Befürworter einer Notstandsgesetzgebung formiert. Das Parlament, in letzter Instanz entscheidend für die Verabschiedung der Gesetze, legt größten Wert darauf, daß das Für und Wider in aller Öffentlichkeit erörtert wird. Nichts soll hinter verschlossenen Türen geschehen, jeder Staatsbürger soll Gelegenheit haben, alle zur Notstandsgesetzgebung vorgebrachten Argumente zu hören.

Um dies zu erreichen, haben die Fraktionen des Bundestages, entsprechend einer alten sozialdemokratischen Anregung, beschlossen, in sogenannten Hearings namhafte Persönlichkeiten zu Wort kommen zu lassen, deren Sachverstand unbestritten ist und deren politische Auffassungen - auch wenn sie keine Partei oder Gruppe hinter sich haben - zweifellos einen großen Teil der öffentlichen Meinung bewegen. Schon im November werden die Abgeordneten, die dem Innen- und Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages angehören, in öffentlichen Sitzungen, zu denen auch Presse, Rundfunk und Fernsehen zugelassen sind, Gelegenheit haben, alle nur denkbaren Argumente für oder gegen eine Notstandsgesetzgebung von namhaften Persönlichkeiten zur Kenntnis zu nehmen.

Eingeladen wurden:

- * Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, Fritz Berg,
- * Prof. Dr. Rudolf Bernhardt, Prof. Dr. Waldemar Besson,
- * Prof. Dr. Karl August Bettermann, Otto Brenner,
- * Prof. Dr. Thomas Ellwein, Prof. Dr. Theodor Eschenburg,
- * Prof. Dr. Hans-Ulrich Evers, Prof. Dr. Wilhelm Grewe,
- * Prof. Dr. Konrad Hesse, Prof. Dr. Friedrich Klein,
- * Prof. Dr. Eugen Kogon, Alfred Krause,
- * Prof. Dr. Helmuth Ridder, Ludwig Rosenberg,
- * Prof. Dr. Peter Schneider, Diplom-Volkswirt Rolf Späthen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Parteien werden darüber hinaus auch außerhalb des Parlaments öffentliche Diskussionen veranstalten, bei denen ebenfalls das Für und Wider einer Notstandsgesetzgebung dargestellt werden soll.

Diese Methode bei der Vorbereitung zur Verabschiedung eines so wichtigen Gesetzes, das j e d e n Bürger angeht, wird - dessen sind wir gewiß - ein wichtiger Beitrag zur Klärung der politisch-psychologischen Atmosphäre in der Bundesrepublik sein, nachdem der gesamte Komplex die Öffentlichkeit oft und mit Recht stark bewegt hat.

Verzerrtes Deutschlandbild - auch in den USA

Noch mehr Freundschaft mit draußen

Von Wolfgang Schwabe, MdB

Zu den elementaren Aufgaben des Volksvertreters, zur Vertretung also des Volkes, gehört sicherlich auch die Vertretung nach draußen, die Verbindung zum Ausland. Auf diesem Gebiet besteht naturgemäß ganz allgemein in Deutschland noch ein erheblicher Nachholbedarf, der nur teilweise von der Berufsdiplomatie abgedeckt werden kann.

Eine kleine Anzahl häufig genannter Parlamentskollegen wird auf diesem Gebiet gewissermaßen in Doppelfunktion verdienstvoll tätig. So trifft man bei Beratungen in den Vereinigten Staaten zum Beispiel eine Reihe von Kollegen, die einerseits als Abgeordnete der langjährig installierten Regierungsparteien, aber auch in beruflicher Eigenschaft offensichtlich gute Beziehungen zu vielen wichtigen Stellen drüben haben, pflegen und nützen. Die Generalbevollmächtigten der Häuser Thyssen und Flick, der Direktor eines der größten deutschen Chemiewerke, der Repräsentant einer internationalen Versicherungsfirma, ein Spezialist des internationalen Kohletransports und -handels; sie gehören zu diesem Personenkreis, der jetzt aus dem Parlament ganz anders, aber doch auch wieder in die Gesamtbetrachtung passend ergänzt wird durch einen Exkanzler und einen Exvizkanzler, die sich neben ihrer Abgeordnetentätigkeit nunmehr beruflich dem Wohlergehen zweier amerikanischer Großfirmen an widmen haben.

In diesem Sommer ergab sich durch weitausichtige Planung, ökonomische Nutzung der Möglichkeiten und eine spürbare Eigenleistung der Teilnehmer die Gelegenheit, einer Reihe von Abgeordneten Kontakte in den USA zu eröffnen, denen bis jetzt derartige außenpolitische Fühlungen weitgehend versagt blieben. Dabei ergab es sich von selbst, daß für die Einzelverhandlung mehr Zeit blieb, als etwa beim Besuch eines Fraktionsvorsitzenden oder eines außenpolitischen Spitzensprechers, die immer mit der Stunde geizen müssen. Das gilt besonders für die Gespräche mit den Abgeordneten und Journalisten des anderen Landes. Diplomatische Routine und Protokoll treten in den Hintergrund. Fachliche, menschliche und schließlich doch wieder politische Kontakte, die dem gemeinsamen Anliegen dienen, bahnen sich an. "Trotz allem guten Willens steht die amerikanisch-deutsche Freundschaft noch auf dünnem Eis!" So sagte es uns ein Diplomat. Wir empfanden, wie recht er hat und mehr noch: Er hatte nicht aus kritischer Skepsis, sondern aus wohlwollender Sorge gesprochen.

Über Schulwesen und Rehabilitierung Körpergeschädigter, über Verkehrsprobleme und die politische Haltung der Jugend, über die Förderung des amerikanisch-deutschen Tourismus, über eine sinnvolle und sparsame Weiterentwicklung der Bundeswehr und über die Probleme der US-Bürger deutscher Herkunft kann man ergiebiger diskutieren wenn Fachverstand hinreichend Zeit und der Wille voneinander zu lernen, die Voraussetzung solcher Gespräche sind.

Dabei galt es nicht nur, an der Althypothek des immer noch verzerrten Deutschlandbildes abzutragen. Noch häufiger muß man gegen das Märchen vom reichen Wirtschaftswunderland die nüchternen Realitäten ins Feld führen. Es ist wirklich ein Sauser, daß man jahrelang aus hohen Lob Adenauers und Erhards draußen ganz allgemein den Eindruck erweckt hat, wir hätten alles im Überfluß. So mußte zwangsläufig der Eindruck entstehen, wir seien durchaus in der Lage, aber nicht willens, einen gerechten Anteil zu den internationalen Gemeinschaftsaufgaben beizusteuern. Die meisten Gesprächspartner wollten es nicht recht glauben, wie sehr unsere eigenen Gemeinschaftsaufgaben noch im Argon liegen.

Ein abendliches Gespräch mit einigen amerikanischen Persönlichkeiten fand in einem sehr typischen, aus drei Atriumgehöften bestehenden Hotel in Dallas / Texas statt. Jeder Innenhof war mit einem komfortablen Freischwimmbad modernster Bauart versehen. Eine solche Selbsterverständlichkeit dortzulande, keineswegs eine Sensation. Als ich unseren Partnern klarmachte, daß es in meinem Heimatkreis Gemeinden mit 15 000 Einwohnern gibt, die immer noch für das erste Schwimmbad sparen, gab es zunächst ungläubige Gesichter. Schichtenunterricht in Schulen, jahrelanges Warten auf bestimmte Studienplätze, rundfahrende Krankenwagen, die vergeblich versuchen, einen Herzinfarkt loszuwerden und vieles andere mehr; das sind alles wissenswerte Ergänzungen zu einem Deutschlandbild, welches sich schon wieder im negativen Sinne zu runden drohte: "Seht sie euch an, die Deutschen! Schwimmen nach ihrer eigenen Darstellung im Wohlstand und drücken sich, wo immer die Freiheit des Westens oder gegen die Armut der Welt Opfer gefordert werden!"

Auch Schweden diskutiert über seinen Rüstungsetat

Schwierige Probleme bewegen die Öffentlichkeit

Von H. Dagmar, Stockholm

In der weltweiten Debatte über die Reduzierung konventioneller Rüstungen und das vollständige Verbot aller Kernwaffenversuche nimmt das neutrale Schweden eine starke Position ein. Der schwedische Abrüstungsminister Frau Myrdahl verfügt in Genf über eine hohe moralische Position. Schweden beteiligt sich außerdem effektiv mit nunmehr über 42 Millionen Kronen jährlich an den militärischen Verbänden der Vereinten Nationen, die Kampfhandlungen in Krisenherden verhindern sollen.

Kernwaffen möglich

Schweden wäre technisch in der Lage, seine hochmoderne Armee mit Kernwaffen auszustatten. Es besitzt die entsprechenden Forschungseinrichtungen und Produktionsstätten im Lande und kann auch weitgehend auf eigene Uranvorkommen zurückgreifen. Die Tatsache, daß die von Staatsminister Tage Erlander geführte sozialdemokratische Regierung Schwedens aber die Atomwaffen nicht für die Armee freigibt, erniedrigt die moralische Position dieses neutralen Staates.

Kriegsgefahr vermindert

In Stockholm glaubt man darüber hinaus, daß sich zumindest im nordeuropäischen Raum die Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen ständig vermindert hat. Schweden hat seit dem Kriegsschluß seine Rüstung ständig modernisiert, wobei die bevorstehende Serienproduktion neuartiger Kampfflugzeuge und Panzer den hohen technischen Stand weiter ausbauen soll. Aber trotzdem ist sich die Regierung darin einig, daß vorerst eine Aufstockung des Verteidigungsetats nicht erforderlich sein wird, sondern bei gut fünf Milliarden Kronen jährlich einzufrieren ist.

Planung bis 1972

Bis 1958 wurde der schwedische Verteidigungsetat jeweils für ein Jahr festgelegt und hatte sich bei etwa fünf Prozent des Brutto-Sozialprodukts eingependelt. Dann gingen Reichstag und Regierung in Stockholm dazu über, zunächst Etatpläne für drei Jahre und zuletzt für vier Jahre aufzustellen, um die Modernisierung mit komplizierten Waffen in geregelten Bahnen halten zu können. Nunmehr ist in Stockholm die Diskussion entbrannt, wie die Etats von 1967 bis 1972 aussehen sollen.

Die regierenden Sozialdemokraten drängen darauf, es vorerst beim gegenwärtigen Stand von 4,6 Milliarden Kronen jährlich zu belassen und die industrielle Kraft des Landes in die Modernisierung und Ausweitung der Exportindustrien auch im Hinblick auf einen möglichen EWG-Beitritt zu lenken. Auf alle Fälle ist man in Stockholm der Auffassung, der gesicherte Wohlstand und vor allem die umfassenden Hilfen für die Bevölkerung können und vervollständigt werden, wenn die Rüstungsetats nicht weiter anwachsen.

Konservativen wollen 850 Millionen Kronen mehr ausgeben

Bemgegenüber tendieren Volkspartei und Zentrumsparlei dahin, daß 1972 etwa 450 Millionen Kronen mehr für die Rüstung ausgegeben werden sollen, während die Konservativen sogar 850 Millionen mehr ausgeben wollen. Nach einer Studie des Oberbefehlshabers der schwedischen Streitkräfte, General Torsten Rapp, sollen sogar 1972 über 2,1 Milliarden Kronen mehr in den Militärapparat gesteckt werden.

Der Befehlshaber ist entsprechend dem Brauch in Schweden angewiesen worden, einen Plan für die effektivste Verteidigung auf der Grundlage des sozialdemokratischen Regierungsvorschlags vorzulegen. Das soll bis Ende des Monats geschehen. Dann fällt die Entscheidung über die Ausstattung der schwedischen Armee bis 1972. Sie wird mit dem weiteren Wachstum der Exportindustrien und dem hohen sozialen Standard der Bevölkerung verbunden sein.